

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 D8
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 8 66 846 pbbn d



Inhalt

40. Jahrgang / 56

21. März 1985

Egon Lutz MdB würdigt die stille Hilfe, die Egon Franke vielen DDR-Ausreisewilligen leistete: Ein überfälliges Dankeswort. Seite 1

Ein überfälliges Dankeswort

Egon Franke hat mit stiller Art vielen geholfen

Von Egon Lutz MdB

Harald B. Schäfer MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Innenausschuß des Deutschen Bundestages, kommentiert das Bonner Scheitern beim Versuch, das abgasarme Auto einzuführen: Trauerergebnis in Brüssel. Seite 2

Egon Franke ist von kantiger politischer Statur. Man kann trefflich mit ihm streiten. Ich muß gestehen, daß er und ich in der Vergangenheit keine Gelegenheit ausgelassen haben, dies zu tun. Das wird, so hoffe ich, auch in der Zukunft so bleiben. Das ist die eine Seite des Disputs unter Genossen.

Georg Schlaga MdB, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, äußert sich zum Internationalen Afghanistan-Tag: Trauer und Betroffenheit. Seite 3

Die andere ist, daß Egon Franke in seiner Zeit als Minister sehr wohl politische Aversionen von seinem Amt zu trennen wußte. Nahezu Monat für Monat lag ich ihm in den Ohren, um einen problematischen Fall deutsch-deutscher Familienzusammenführung klären zu helfen. Manchmal dauerte es nur ein Vierteljahr, manchmal wesentlich länger, bis die dürftige Mitteilung des Ministers kam, der "Vorgang" habe erfolgreich abgeschlossen werden können.

Dokumentation

Der nordrhein-westfälische Kultusminister, Hans Schwier, hat sich in einem Brief an die Lehrerinnen und Lehrer des Landes zur Bedeutung des 8. Mai geäußert. Wir veröffentlichen das Schreiben im Wortlaut. Seite 4

Manchmal kam die Mitteilung aus dem Haus Franke zu einem Zeitpunkt, wo ich nahe daran war, noch einmal nachzufragen. Bedauerlicherweise kam der Dank der in die Bundesrepublik gelangten oft zögerlich, manchmal gar nicht. Man steckt das weg. In der Politik fällt Danksagen ohnehin schwer.

Jetzt aber drängt es mich, meinem Genossen Egon Franke zu danken für die stille Art, mit der er den Menschen in meinem Wahlkreis geholfen hat. Ich habe nie darüber reden können, auch das war ungeschriebenes Gesetz dieser besonderen Form von Familienzusammenführung. Es muß jetzt erlaubt sein, einem Manne Respekt zu erweisen, der mit Gewißheit, und gewiß auch unkonventionell, ein Stück Menschlichkeit verwirklichte.

Danke, Egon Franke!

(-/21.3.1985/rs/ks)



Trauerergebnis in Brüssel

Zum Scheitern des Bonner Konzepts zur Einführung des abgasarmen Autos

Von Harald B. Schäfer MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Innenausschuß des Deutschen Bundestages

Die Bundesregierung ist mit ihrem ohnehin schon halbherzigen Konzept zur Einführung des abgasarmen Autos in Brüssel gescheitert. Umweltpolitischer Hick-Hack, Dilettantismus und mangelnde Durchsetzungsfähigkeit haben zu dieser "Blamage der Umweltpolitik der Bundesregierung" geführt, wie Graf Lambsdorff schon in der vergangenen Woche zutreffend diagnostiziert hat.

Im Ernst kann niemand über das Trauerergebnis von Brüssel überrascht sein. Es ist freilich noch schlechter ausgefallen als zu befürchten war. Die Bundesregierung hat von Anfang an versäumt, den Gesundheitsvorbehalt des Artikel 36 des EWG-Vertrages, nach dem ein nationaler Alleingang möglich ist, in die Verhandlungen einzubringen. Auch die Weigerung der Bundesregierung ein Tempolimit einzuführen hat ihre Verhandlungsposition und ihre umweltpolitische Glaubwürdigkeit erschüttert.

Dazu im Originalton die französische Umweltministerin Huguette Bouchardeau am 19. März 1985 im französischen Rundfunk:

"Ich möchte der deutschen Regierung an dieser Stelle sagen: Wenn die deutsche Regierung morgen den Ausstoß von Stickoxyden auf ihren Straßen reduzieren will, dann kann sie tun, was fast alle übrigen europäischen Länder bereits getan haben, nämlich die Einführung von Geschwindigkeitsbegrenzungen auf den Autobahnen verordnen. Das verlangt nur eine Entscheidung der Regierung und kann innerhalb von 24 Stunden durchgeführt werden...".

Es ist fast überflüssig zu betonen: Im Interesse der Gesundheit und der Umwelt ist die Einführung eines Tempolimits dringender und notwendiger denn je.

(-/21.3.1985/rs/ks)

+ + +



Trauer und Betroffenheit

Zum Internationalen Afghanistan-Tag

Von Georg Schlaga MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages

Der Internationale Afghanistan-Tag ist ein Tag der Trauer um die ungezählten Opfer eines Krieges, der einem kleinen armen Land von seinem übermächtigen Nachbarn aufgezwungen worden ist. Er ist ein Tag der Betroffenheit über einen Konflikt, den bisher weder die Sowjetunion durch einen militärischen Sieg noch die Widerstandskämpfer durch die Befreiung Afghanistans beenden konnten. Er ist ein Tag der Sorge um die Entspannung zwischen Ost und West, für die die Invasion Afghanistans durch die Sowjetunion jene schwerwiegenden Folgen gehabt hat, die der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt in seiner Gemeinsamen Erklärung mit dem damaligen französischen Präsidenten vom 5. Februar 1980 vorausgesehen hat.

So wenig die Schuld der sowjetischen Regierung an dieser tragischen und schwierigen Lage außer acht gelassen werden darf, so notwendig ist es, sich nicht auf Anklagen zu beschränken. Die Bundesregierung muß gemeinsam mit ihren Verbündeten das ihr Mögliche tun, um zur Überwindung dieser Krise beizutragen. Das ist sie ihrer besonderen Verantwortung für eine friedliche und stabile Welt schuldig, aber auch unserer traditionellen, tief verwurzelten Freundschaft mit dem afghanischen Volk.

Die Bemühungen der Bundesregierung hierzu sind bisher unzureichend geblieben. Sie hat nichts weiter getan, als sich der kompromißlosen Ächtungspolitik Washingtons anzuschließen. Sie hat dadurch der afghanischen Regierung einen Vorwand zur Schließung der Deutschen Schule in Kabul gegeben, einem wichtigen Bindeglied zwischen uns und Afghanistan seit 60 Jahren.

Bemühungen um Frieden für Afghanistan haben allerdings nur dann einen Sinn, wenn die Sowjetunion endlich ihre Zusage vom 22. Februar 1980 einlöst, mit dem Abzug ihrer Truppen zu beginnen. Die Behauptung, dies könne erst nach Beendigung der ausländischen Einmischung beginnen, ist ein allzu durchsichtiger Vorwand, denn die einzigen ausländischen Truppen in Afghanistan sind sowjetische Truppen. Nur ihr Abzug kann die Voraussetzungen für eine dauerhafte und gerechte Lösung der Afghanistan-Krise schaffen.

(-/21.3.1985/rs/ks)

+ + +



D O K U M E N T A T I O NHans Schwier: Zur 40. Wiederkehr des 8. Mai 1945

Der Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Hans Schwier, hat in einem Schreiben an die Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen im Lande Nordrhein-Westfalen "Anmerkungen zur Auseinandersetzung mit unserer jüngeren Geschichte" gemacht. Wir dokumentieren den Brief im Wortlaut:

Den 8. Mai 1985 hat man einen "sperrigen Gedenktag" genannt. An diesem Tag vor 40 Jahren endete der Weltkrieg, den das Deutsche Reich entfacht hatte. Er gibt zu Reflexionen Anlaß, die zu unterschiedlichen Gewichtungen führen können. Dabei kann man leicht in die Versuchung geraten, die in der Erinnerung angenehmen Aspekte eines historischen Rückblicks in den Vordergrund zu stellen: schneller Wiederaufbau, zügige Wiedereingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen, Gründung der Bundesrepublik, Westintegration, wirtschaftlicher Aufstieg. Dies alles sind sicherlich unverzichtbare Themenstellungen. Mir ist es aber wichtig, unter bewußtem Verzicht auf ein abgerundetes Geschichtsbild zusätzlich Sichtweisen zu umreißen, die dazu beitragen sollen, auch die Seiten der Geschichte aufzuarbeiten, die uns bedrücken müssen und denen wir gerade aus Anlaß des 8. Mai nicht ausweichen dürfen.

In dieser Zielsetzung will ich mich auf vier Perspektiven des 8. Mai beschränken:

- als historische Erfahrung der sogenannten "Stunde Null",
- als Epochensignatur für die deutsche politische Kultur,
- als Symbol für Vergangenheitsbewältigung in beiden deutschen Staaten und
- in seiner aktuellen Bedeutung als Gedenktag.

1. Die "Stunde Null" als historische Erfahrung

Der 8. Mai 1945 ist eher ein symbolisches als ein reales Datum. Für manche, etwa für die Bevölkerung an der Westgrenze des damaligen Reiches begann die "Stunde Null" bereits im Oktober 1944. Für viele endete alles mit der Währungsreform; für einige, besonders für die Spätheimkehrer, begann die Normalität des Lebens erst wieder in der Mitte der 50er Jahre.

Der 8. Mai steht auch für eine spezifische Zeiterfahrung; er bezeichnet das Leben in einer Gesellschaft, die vom Zusammenbruch geprägt war. Kennzeichnend war eine extreme Vielfalt und auch Widersprüchlichkeit des Erlebens. Die Skala der Gefühle, welche die Zeitgenossen bewegten, reichte von traumatischen Ängsten bis hin zu euphorischen Hoffnungen, von der Demütigung bis hin zur Erleichterung.

Mit dem Ende von Bombenkrieg und Kämpfen schien die unmittelbare Gefährdung von Leib und Leben gebannt. Mit dem Besatzungsrecht der Sieger endete der Terror des NS-Staates, der - bei Sozialisten, Kommunisten und Juden beginnend - auf immer weitere Gruppen übergreifen hatte. Für die aktiven Gegner des Nationalsozialismus, für die Kader der alten Arbeiterbewegung, für geistliche und bürgerliche Oppositionelle bedeutete der Zusammenbruch die längersehnte Befreiung aus Konzentrationslagern und Zuchthäusern. In diesen Kreisen verband sich die Befreiungs- mit einer Aufbruchsstimmung. Die im Frühjahr 1945 spontan gegründeten "antifaschistischen Ausschüsse" stellten einen Versuch der demokratischen Selbstorganisation von der Basis her dar.



Die Hoffnung auf den Aufbau einer neuen Demokratie einte zunächst die im Lande gebliebenen Vertreter der Arbeiterparteien und Gewerkschaften, Überlebende des 20. Juli 1944, Angehörige der bürgerlichen "inneren Emigration" und Exilanten, die in ihre Heimat zurückkehrten. Der Gedanke der Einheitsgewerkschaft ist dafür ein sinnfälliger Ausdruck. Hinzu traten jüngere Schriftsteller und Publizisten, die sich um eine Aufarbeitung der überaus zwiespältigen Erfahrungen von Krieg, Niederlage, Zusammenbruch und Befreiung bemühten.

Für die Mehrheit des deutschen Volkes aber bedeutete die Kapitulation eine Schockerfahrung. Die Identifikation der Bevölkerung mit dem kriegführenden Deutschland war weitreichend. Zu viele waren außerdem unmittelbar oder mittelbar an der Aufrichtung der NS-Herrschaft über Europa beteiligt gewesen. Zu viele hatten auch direkt oder indirekt von der Enteignung der Juden und der Ausbeutung der unterjochten Völker profitiert oder sogar an Terroraktionen teilgenommen. Das von den Alliierten der deutschen Bevölkerung in seinen ganzen Ausmaßen eröffnete Verbrechen des Massenmordes an Juden und anderen, die Filme über die Greuel von Auschwitz und Bergen-Belsen beförderten Schuld- und Schamgefühle, aber auch Trotz und Unglauben.

Hunger, Flucht, Wohnungsnot und Energiemangel bildeten die wohl einschneidendste Erfahrung jener Zeit. Am stärksten betroffen waren davon die Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen aus den Ostgebieten, aber auch Ausgebombte und Evakuierte. Für viele reduzierte sich das Leben auf einen Kampf um die nackte Existenz.

Angste verbreiteten auch die Gerüchte um den Morgenthauplan und manche Maßnahme der Siegermächte. Die Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozesse und die Vertreibung von Deutschen aus dem Osten wurden von vielen als Rachemaßnahmen von Siegern aufgefaßt, die damit den eigenen moralischen Anspruch verwirkt hätten.

Die politische, soziale und ökonomische Entwicklung in den verschiedenen Besatzungszonen driftete auseinander. Im Zuge der Ost-West-Konfrontation wurden Hoffnungen auf eine baldige Wiederherstellung nationalstaatlicher Einheit zerstört.

2. Der Mai als Epochensignatur für die deutsche politische Kultur

Der 8. Mai bedeutete einerseits einen einschneidenden Bruch in der deutschen politischen Kultur, andererseits sind geschichtliche Kontinuitäten unverkennbar.

Herausragende politische Orientierungen wie extremer Nationalismus, Illiberalismus, antidemokratisches Denken und Großmachtstreben waren vor aller Welt diskreditiert. Das gleiche galt für die ideologischen Grundpfeiler des Dritten Reiches, für Rassismus, Herrenvolkanspruch, Führerprinzip und Volksgemeinschaftspropaganda.

Mit dem Ende Preußens als Staat schien auch die mit ihm so eng verbundene Dominanz militärischen Denkens vergangen zu sein. Sogar hoch gehaltene Tugenden wie Ordnung, Sauberkeit und Fleiß waren durch den perfekt organisierten maschinellen Völkermord ins Zwielficht geraten. Nachhaltiger noch galt dies für sogenannte deutsche Werte, für Treue und Opferbereitschaft, unter deren Zeichen die Angehörigen der SS ihr grausiges Werk gestellt hatten.

Das Bezugssystem politischen Handelns in Deutschland, das sich 1871 bis 1945 auf den kleindeutschen Nationalstaat orientiert hatte, wurde zunächst auf regionale Einheiten begrenzt, um sich im Zuge der Blockkonfrontation mehr und mehr in internationalen Systemen zu definieren.

Westliche Demokratiestandards wurden aufgeholt und akzeptiert. Dabei wurde auch auf Erfahrungen der Weimarer Demokratie zurückgegriffen. Demokratischer Rechts- und Sozialstaat wie Parteiendemokratie wurden nicht mehr ernsthaft in Frage gestellt.



Die Mehrheit der Bevölkerung zog sich, nachdem die alten Orientierungen diskreditiert waren, ins Privatleben, in Innerlichkeit und wirtschaftliche Aktivität zurück. Es entstand eine gesellschaftliche Basis für überwiegend restaurative politische Tendenzen in den fünfziger Jahren und auch eine neue Legitimation für die überlieferten Sekundärtugenden.

3. Der 8. Mai als Symbol der Vergangenheitsbewältigung in beiden deutschen Staaten

Auch heute noch geht man gern mit Formeln wie der vom "Spuk des tausendjährigen Reiches", das 1945 sein Ende gefunden habe, über die eigene Geschichte hinweg. Schuld wird imaginären Kräften zugeschoben, die angeblich nur "im deutschen Namen" - also scheinbar nicht unter Beteiligung von Deutschen - gehandelt hätten. Vergangenheitsbewältigung aus eigenem Antrieb und mit Überzeugung fand nur zögernd und nur in einzelnen Gruppen der Gesellschaft statt. Allzu viele zeigten "Unfähigkeit zu trauern" und rechneten lieber auf: Die Opfer des Massenmordes gegen die Opfer der Vertreibung; Katyn gegen Auschwitz, Warschau gegen Dresden und so weiter. Hinzu kam, daß sich in der Bundesrepublik im Zeichen der Blockbildung in Ost und West sowie der damit verbundenen starren gegenseitigen Abgrenzung frühere, weit- hin unreflektierte, ja sogar dämonisierende Negativklischees gegenüber dem Osten rehabilitierten. Diese Entwicklungen zusammengenommen unterstützten das öffentliche Schweigen über die Vergangenheit und beruhigten das kollektive Gewissen. Wiedergutmachung wurde fast ausschließlich finanziell definiert und als staatliche Angelegenheit abgewickelt.

Auch der ökonomische Aufstieg der Bundesrepublik, ihre Einbindung in die westliche Allianz und die rasche Integration der Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen erleichterten den Versuch, die Vergangenheit zu vergessen. Marshall-Plan-Hilfe und Lastenausgleich beispielsweise - ohne Zweifel wichtige Faktoren der Wiedereingliederung und des Wiederaufbaus - trugen zugleich zu einer innenpolitischen Befriedung bei, die Schweigen über die Vergangenheit einschloß.

In der DDR verlief die Entwicklung anders. Man feierte den 8. Mai öffentlich als reinen Akt der Befreiung und schlug sich damit propagandistisch auf die Seite der Sieger. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus wurde vom Staat zur einzigen Traditionslinie erklärt. Das faschistische Erbe wurde zugleich dem "kapitalistischen Westen" zugewiesen. In der DDR gab es kein Schweigen über den Nationalsozialismus, im Gegenteil; dieser wurde jedoch von der eigenen Geschichte abgekoppelt. Auch darin kann Verdrängung liegen, eine Flucht vor der Geschichte und vor der mit ihr verbundenen Verantwortung.

4. Die aktuelle Bedeutung des 8. Mai als Gedenktag

Bis heute gibt es in der Bundesrepublik Polarisierungen, die sich einem rationalen, redlichen und selbstbewußten Umgang mit der eigenen Geschichte in den Weg stellen. Die Infragestellung der Westgrenzen Polens schädigt das Vertrauen, das sich die Bundesrepublik bei ihren östlichen Nachbarn geschaffen hat.

In den Diskussionen über die "Deutsche Frage" verbirgt sich oft der Versuch, die Realitäten in Mitteleuropa nicht wahrhaben zu wollen, deren Ursache der von deutscher Seite begonnene Krieg ist, auch wenn sie im einzelnen von den Siegermächten festgelegt wurden.

Ich halte die Klage über einen Verlust der nationalen Identität für den falschen Ansatz, sich mit dem 8. Mai und seinen Folgen auseinanderzusetzen. Wir können heute über die zwiespältige und traumatische Erfahrung von NS-Herrschaft, Krieg und Kriegsfolgen nicht harmonisierend hinwegdenken und -gehen. Deutschland bleibt,



wie Gustav W. Heinemann geurteilt hat, ein "schwieriges Vaterland". Gerade der jüngeren Generation eröffnet es Chancen, vor quälenden Erinnerungen nicht auszuweichen und die geschichtlichen Bedingungen deutscher Gegenwart anzuerkennen.

Der 8. Mai 1945 und als Folge die Einbindung in internationale Zusammenhänge bedeuten für uns Deutsche die Chance eines Überwindens nationaler Egozentrik. Gerade weil wir als Deutsche gegeneinandergerichteten internationalen Blöcken angehören, können und müssen wir darin die Chance sehen, für die globale Zusammenarbeit der Blöcke zu werben und Vorreiter bei dem Bemühen zu sein, deren Konfrontation abzubauen und friedliche Verständigung anzustreben. Die konstruktive Verarbeitung der jüngeren deutschen Vergangenheit sollte die Einsicht stärken in die Zusammenhänge

- von nationalistischer Überheblichkeit und skrupelloser Gewaltpolitik,
- von rassistischer Diskriminierung und Völkermord,
- von Intoleranz gegenüber Minderheiten und "Ausmerzen".

Neben die außenpolitische tritt somit eine innenpolitische Handlungsperspektive:

Sensibilität gegen jede Art von Unterdrückung und Intoleranz aufzubauen, scheint mir eine angemessene Form von Vergangenheitsbewältigung für uns zu sein. Wir sollten vorleben, radikal anders mit Minderheiten in unserer Gesellschaft umzugehen, als die nationalsozialistische "Volksgemeinschaft" mit denen umging, die sie als gemeinschaftsfremd ausstieß. Auf diese Weise können wir einen Beitrag zur Friedenspolitik und zur Friedenserziehung leisten.

Der 8. Mai 1985 eignet sich nicht für Unterrichtsfreigaben oder schulische Feiertage. Ich halte es aber für unerlässlich, an den Schulen des Landes Nordrhein-Westfalen an diesem Tag besondere unterrichtliche Akzente zu setzen. An Teilzeitschulen sollte ein Schultag gewählt werden, der möglichst nah an diesem Datum liegt.

Die vorstehenden Anmerkungen sollen keine einengende Vorgabe für den Unterricht sein. Sie sollen Impulse geben, aber die Geltung der Unterrichtsrichtlinien und Erlasse nicht einschränken.

Die angesprochenen Aspekte lassen auch ein isoliertes Gedenkdatum nicht als angemessen erscheinen; wichtig ist vielmehr ihre Einbettung in längerfristige unterrichtliche Zusammenhänge. Doch empfehle ich, am 8. Mai selbst besonders auf die Aspekte des Gesamtzusammenhanges einzugehen, die für eine Erziehung zum Frieden heute und künftig bedeutsam sind. Dazu weise ich auf den soeben von mir unterzeichneten Grundsatzlerlaß "Friedenserziehung im Unterricht" vom 1. März 1985 ergänzend hin.

Die Organisation des Unterrichts am 8. Mai 1985 bleibt den Schulen überlassen. Doch möchte ich hervorheben, daß Projektunterricht zu diesem Thema Lernenden und Lehrenden eine gute Gelegenheit böte, in partnerschaftlichem Umgang miteinander an eigene Erfahrungen und an Erlerntes anzuknüpfen und in einer Form die Probleme zu erörtern, die dem Gegenstand und dem Anlaß besonders angemessen wäre.

(-/21.3.1985/rs/ks)

+ + +

